



## Drucksache

- öffentlich -

Datum: 22.02.2022

Fachbereich	Soziales und Jugend
Fachdienst	Soziales

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Sozialausschuss	15.03.2022	zur Kenntnis
Stadtrat	05.04.2022	zur Kenntnis

### Einführung des kommunalen Integrationsmanagements

#### Beschlussvorschlag:

Dem Sozialausschuss zur Kenntnis.

#### Finanzielle/Bilanzielle Auswirkungen:

keine

#### Klimaschutzrelevanz:

Auswirkungen auf den Klimaschutz:	<input type="radio"/> ja, positiv*	<input type="radio"/> ja, negativ*	<input checked="" type="radio"/> nein
-----------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	---------------------------------------

#### Sachdarstellung:

Mit Beschluss des Stadtrates vom 07.12.2021 (Drucksache 17/291) wurde die Verwaltung beauftragt, mit dem Kreis Wesel Vertragsverhandlungen über die Einführung eines kommunalen Integrationsmanagements (KIM) mit der Zielführung aufzunehmen, sofern keine personellen Mehrkosten entstehen, eine Case-Management-Stelle mittels eigenem Personal einzurichten.

Im Rahmen der Vertragsverhandlungen war zunächst vom Kreis Wesel beabsichtigt, eine gemeindefestische Abrechnung der Defizite zur Landesförderung der beim Kreis Wesel vorgehaltenen Plätze vorzunehmen.

Zwischenzeitlich ist der Kreis Wesel zu seinem ursprünglichen Gedanken zurückgekehrt, die Abrechnung der beim Kreis entstehenden Defizite über die Kreisumlage zu refinanzieren.

Das Kostendefizit wird kreisseits pro VZ Stelle mit ca.19.000 € beziffert. Der Gesamtbedarf bei zunächst vier vorgesehenen Stellen beläuft sich somit auf ca. 76.000 €, der über die Kreisumlage refinanziert werden soll.

Hierdurch würden der Stadt Voerde 19.000 € zusätzliche Kosten entstehen, die bei einer Organisation über den Kreis Wesel nicht entstünden. Über die Kreisumlage würden einerseits die Gemeinden refinanziert, die das CM selbst nicht vorhalten und gleichzeitig müssten die Kosten des zuvor genannten Defizites durch die Stadt Voerde getragen werden.

Vor dem Hintergrund, dass

- das fachliche Weisungsrecht ohnehin beim Kreis Wesel angesiedelt ist,

- die Personalakquise einheitlich durch den Kreis Wesel leichter zielführend möglich sein sollte,
- die Vertretungserfordernisse innerhalb des Teams beim Kreis Wesel besser kompensierbar sein dürften,
- eine anteilige Finanzierung über die Kreisumlage für die Stadt Voerde die kostengünstigere Variante darstellt,

sollte eine Anstellung über den Kreis Wesel erfolgen und entsprechend des politischen Beschlusses vom 07.12.2021 keine vertragliche Vereinbarung mit dem Kreis Wesel über die Einrichtung einer CM-Stelle geschlossen werden.

Haarmann